

## Niederschrift

### zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Soziales der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 21.02.2008	18:00 - 21:00 Uhr	im Saal "Tivoli" der Kulturfabrik

#### Anwesenheit

##### **Fraktion DIE LINKE.**

Fiedler, Monika  
Gollmer, Martin  
Reibsch, Heike  
Wobring, Karsten

##### **CDU-Fraktion**

Lachmann, Hans-Joachim  
Lehmann, Karin

##### **SPD-Fraktion**

Bluschke, Helga  
Hemmerling, Rita  
Wagner, Elke

##### **FDP-Fraktion**

Ksink, Reinhard

##### **Bündnis 90/Die Grünen**

Czerwinske, Inge

##### **Sachkundige BürgerInnen**

Bogdan, Matthias  
Irmer, Thomas  
Runge, Klaus  
Schumann, Petra  
Stachat, Susanne Dr.  
Stanslawski, Daniela

##### **Verwaltung**

Bauer, Kati  
Diedrich, Frank  
Poltz, Andreas  
Trilling, Anne-Gret

##### **Gäste**

Berger, Elisabeth  
Eggers, MOZ, Joachim  
Hibsch, Diakonie

Oehler, Klaus-Peter Dr.  
Paschek, Helga  
Rothe, Ulrike Dr.  
Tiedge, Dana  
Wende, Teamleiterin Regionalteam  
Wigand, Rui

### **Abwesend**

#### **CDU-Fraktion**

Pohl, Heiko  
Römer, Marion

#### **Sachkundige BürgerInnen**

Neumann, Hannelore

#### **Gäste**

Hoffmann, Hannelore  
Zagani, Victoria

### **TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung der 40. Sitzung**

Die Tagesordnung wird einschließlich der Ergänzung um den TOP Bericht zum Pilotprojekt „Unterstützung von Mobilität“ im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel für Menschen mit geringer Finanzlage **einstimmig** bestätigt.

### **TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 39. Sitzung**

Die Niederschrift der 39. wird **einstimmig mit 2 Enthaltungen** bestätigt.

### **TOP 3 Drucksachen öffentliche Sitzung (liegen nicht vor)**

#### **TOP 3.1 Informationen zur Kinder- und Jugendfürsorge (Frau Dr. Rothe, Leiterin des Jugendamtes LOS)**

Frau Dr. Rothe und Frau Wende vom LOS informieren über:

- die Fallzahlen in Fürstenwalde bei der Hilfe zur Erziehung (Antragerfordernis der sorgeberechtigten Person, Abprüfung des Bedarfes, Hilfeleistungen in unterschiedlicher Form), z.B.:
- die Mutter-Kind-Betreuung (ein Projekt vom Träger Kiebitz e.V., im Paul-Frost-Ring angesiedelt), z.Zt. werden 4 Mütter und 4 Kinder aus Fürstenwalde-Nord, 1 Mutter und 1 Kind aus Fürstenwalde-Mitte sowie 1 Mutter und 2 Kinder aus Fürstenwalde-Süd betreut
- die Heimerziehung (Elternhilfe in der Form, dass Kind in stationärer Einrichtung untergebracht ist), z. Zt. Sind 34 Fürstenwalder Kinder betroffen, davon 15 Kinder aus Nord, 13 aus Mitte und 6 Kinder aus Fürstenwalde-Süd sowie 2 volljährige Jugendliche aus Fürstenwalde-Mitte
- die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien – insgesamt 27 Fürstenwalder Kinder
- die Entwicklung der Fallzahlen von 2006 bis jetzt
  - .Anstieg der Fallzahlen bei der Mutter-Kind-Betreuung insbesondere in Fwe.-Nord
  - .fast gleichbleibend bei der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien
  - .Anstieg bei der Heimerziehung insbesondere in Fwe.-Nord, aber auch in Fwe.-Süd
- die Altersstruktur bei Heimerziehung, Schwerpunkt hier die 13 bis 16jährigen
  - .Altersstruktur der Kinder in Pflegefamilien, Schwerpunkt hier die bis 7jährigen und einige 10 bis 12jährige
- die ambulante Hilfe, d.h. Helfer gehen nach Hause in die Familie (verschiedene Träger tätig, von Diakonie bis Verein „Sonnenschein e.V.“, Kehrigk) betreut werden 31 Familien, davon 11 in Fürstenwalde-Nord, 11 in Fürstenwalde-Süd und 9 in Fürstenwalde-Mitte

- seit 2007 Prüfung von Anzeigen zur Kindeswohlgefährdung (Kinderschutzparagraph im SGB VIII) auch durch Sensibilisierung der Bevölkerung, wobei fast alle Anzeigen Elternhäuser betreffen, von denen einer oder beide Leistungsempfänger Hartz IV sind
  - . 98 Meldungen in Fürstenwalde, letztlich 39 tatsächliche Feststellungen von Gefährdungen (sehr hoher Anteil im LOS, dem gegenüber stehen ca. 300 Geburten), Informationen kommen u.a. aus der Bevölkerung, aus Kita's, von Ärzten und Kliniken, von anderen Ämtern sowie sonstige, auch anonyme Hinweise – im Ergebnis wurde 11x Familienhilfe, 4x die Heim-erziehung und 24x die weitere Beratung und Unterstützung durch das Jugendamt eingesetzt (Vernachlässigungen, Versorgungsdefizite, katastrophale Wohnungsverhältnisse, Gewalt in verschiedenster Form)
  - . Grundhaltung der Jugendhilfe ist die *HILFE*, d.h. Hilfsangebote und Unterstützung für die Eltern
- abgesehen davon, dass der LOS keine detaillierten Unterscheidungen erfasst, kann eingeschätzt werden, dass die Probleme weder gehäuft bei besonders jungen Eltern, noch bei welchen mit geringerer Intelligenz oder Migrationshintergrund auftreten
- Erfassungssystem und Hilfsangebote werden in allen Jugendämtern des Landes unterschiedlich gehandhabt und praktiziert. Landesweite Erfassung, Weitergabe oder Auswertung gibt es nicht.
- weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Beratungstätigkeit, d.h. Beratung und Unterstützung in Erziehungsfragen (in 2007 wurden 2.500 Beratungen von 4 Sozialarbeiterinnen, die für Fürstenwalde, Steinhöfel-Heinersdorf bzw. Odervorland zuständig sind, durchgeführt) und Beratung für Scheidungs- bzw. Sorgerechtsproblematiken, Umgangsgestaltung und –kontakte sowie Aufenthaltsregelung, auch Hausbesuche

Frau Dr. Rothe gibt aufgrund eines Problems, das die Abg. Czerwinske schildert, den Hinweis, welchen Handlungsrahmen das Gesetz bei Lese-Rechtschreib-Schwäche bzw. Dyskalkulie zulässt und bittet darum, sich mit dieser Problematik an das Schulamt zu wenden.

Abschließend werden weitere Anfragen von Abgeordneten beantwortet. Sie wünschen Frau Dr. Rothe

und ihrem Team bzw. Frau Wende eine weitere gute Arbeit und bedanken sich recht herzlich für die Informationen.

### **TOP 3.2 Vorstellung der Leiterin des Frauenladens, Frau Tiedge**

Frau Tiedge informiert über:

- die derzeitige Überprüfung aller Angebote im Frauenladen, um Bewährtes auszubauen, das eine oder andere Angebot zu ändern oder aber ganz zu streichen
- Folgende Schwerpunkte kristallisieren sich heraus:
  - . offene Treffs (Frauenfrühstück u.ä.),
  - . Eltern-Kind-Treff,
  - . Tagesfahrten,
  - . Weiterbildungs- und Sprachkurse (es handelt sich um Freizeitangebote und insofern besteht keine Konkurrenz zur VHS),
  - . Netzwerkarbeit mit Institutionen und Vereinen
  - . Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit
- die Aufgabenteilung im kreativ-schöpferischen Bereich mit den künstlerischen Werkstätten (Frau Meissner),
- die Planung von weiteren Angeboten, Vortragsreihen und künstlerischen sowie politischen Veranstaltungen

Abschließend weist Frau Tiedge auf die Angebote im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche hin. Die Abgeordneten bedanken sich für die Ausführungen und wünschen viel Erfolg bei der Arbeit.

### **TOP 3.3 Informationen zur Arbeit des Lokalen Bündnisses für Familie und zum Arbeitsplan 2008 der SPIKO**

Herr Politz informiert ausführlich über die Gründung und die Tätigkeit des Lokalen Bündnisses in den Jahren 2006 und 2007. Er erwähnt die Informationssammlung und -verteilung, das Aufzeigen von Wirkungsbereichen, die Lobbyarbeit, die Projektkoordinierung und -begleitung sowie die interne Strukturierung und weist auf einzelne Veranstaltungen besonders hin, bei denen das Lokale Bündnis für Familie präsent war oder die vom Bündnis organisiert wurden. Z.B. Familienfreundliches Unternehmen, ARD-Aktion für Familien in der Kita „Pusteblyume“, Regionalkonferenz der Familienbündnisse, Mehrgenerationenhaus, Brandenburgische Bildungsmesse, Arbeitsgruppentätigkeit, Wettbewerb „Familienfreundliches Restaurant“, Begrüßungspaket für Neugeborene in Fürstenwalde, Programm „Vielfalt tut gut“, Kinder-Jugend-Info-Messe, Aktion „Gesunde Brotbüchse“, Projekt Leseausweis, Kinderfeste, Großeltern-Leih-Service, Familienkatalog, Wanderausstellung „Spielen, Lesen, Gesund aufwachsen“, Familiensportfest u.v.m.

Anschließend stellt er das Projekt Mehrgenerationenhaus ausführlich vor. Die möglichen Partner für dieses Projekt, das aus dem europäischen Sozialfonds gefördert wird, sind die AWO (Träger) und die Kita Buratino. Nach der Bestätigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns wird nunmehr auf den endgültigen Bescheid gewartet.

Der Arbeitsplan für das Jahr 2008 wird den Abgeordneten in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt. Darin enthalten sind zahlreiche Projekte, die aus 2007 weitergeführt werden. Nach wie vor wird die Arbeit von Frau Trilling und Frau Bauer koordiniert.

Die Dokumentation der SPIKO 2007 und der Arbeitsplan 2008 werden den Abgeordneten überreicht. Frau Bauer erläutert die Materialien ausführlich und weist auf einige Projekte, wie z.B. Spielplatz Drehsäulen und andere Besonderheiten auf dem Wege zur beispielbaren Stadt oder auf den Bauspielplatz und den Generationenspielbereich auf dem Mühlenberg bzw. die Spielplatzpatenschaften und die Naturspielbereiche gesondert hin. Viele von den genannten Projekten gehen jahresübergreifend in das Jahr 2008 über, ein besonderes Hauptaugenmerk wird in diesem Jahr ein Genderspielplatz sein. Aktuelle Umfragen und Recherchen dazu laufen noch.

Die Abgeordneten bedanken sich für die Ausführungen recht herzlich.

### **TOP 3.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Kostenübernahme für Schul- und Kitaessen bei Kindern aus einkommensschwachen Familien (Änderungsantrag)**

Die Fraktion DIE LINKE hofft, mit dem geänderten Beschlussvorschlag -die Thematik wurde auch in den vorangegangenen Ausführungen von Frau Dr. Rothe noch einmal bestärkt- die mehrheitliche Zustimmung zu finden. Die Abg. Paschek meint, das Schulessen ist für einige Kinder die einzige regelmäßige, warme und gesunde Mahlzeit des Tages.

Herr Politz informiert, dass z.B. in den Jahrgängen 2005 144, 2006 142 und 2007 145 Kinder davon betroffen waren, dass ihre Eltern ALG II beziehen. Die Kosten beliefen sich auf ca. 304,50 €/Kind/Jahr im Kitabereich (insgesamt 262.000 €/Jahr) und 342 €/Kind/Jahr im Schulbereich (insgesamt 137.000 €), wenn alle antragsberechtigten Familien (ALG II-Empfänger) einen Antrag stellen würden. Unberücksichtigt bleiben bisher die, die den ALG II-Empfängern gleichzustellen wären, wie z.B. Niedrigverdiener.

In der anschließenden Diskussion werden verschiedene Meinungen geäußert. Der Abg. Lachmann meint, dass Kinderarmut in unserer westlichen Welt einen anderen Charakter als in der dritten Welt hat und bei uns kein Kind hungern müsste. Das Problem ist vielmehr eine falsche und ungesunde Ernährung. Er stellt in Frage, dass dem Antrag ausreichende Recherchen zu Grunde liegen.

Die Abg. Hemmerling spricht die Einstellung und Nachlässigkeit der Eltern an und meint, vom Amt für Grundsicherung kann sichergestellt werden, dass das Essengeld gleich an die Schule überwiesen wird.

Die Abg. Wagner erinnert daran, die notwendigen Finanzen im Blick zu behalten. Zum einen, weil sie an anderer Stelle definitiv nicht mehr zur Verfügung stehen. Zum anderen soll es für die Eltern eine Motivation und Unterstützung sein, ihre Kinder am Essen teilnehmen zu lassen. Die SPD-Fraktion sieht deshalb nur eine Möglichkeit, und zwar das Essengeld der Kinder finanziell zu stützen, jedoch

nicht in voller Höhe zu übernehmen. Antragsberechtigt sollen dann auch die minderverdienenden Familien sein.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird noch eine abschließende Entscheidung treffen. Die Abg. Czerwinske gibt zu bedenken, dass mit den finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umgegangen werden muss, ohne die Bedürftigkeit zu negieren. Außerdem sollte eine Kontrolle gewährleistet sein, dass die Kinder auch wirklich am Essen teilnehmen. Von Herrn Zänker ist sie gebeten worden, auf die Novellierung der ALG II-Verordnung, § 2, Abs. 5 hinzuweisen. Es geht um die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei ALG II, das sich auch auf Teilverpflegung bezieht. Vor der Beschlussfassung sollte dies mit dem Amt für Grundsicherung geklärt werden.

Herr Lachmann ergänzt, dass der Beschlussvorschlag um die Asylbewerber nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes, die noch nicht 48 Monate in Deutschland leben und keinen Anspruch auf Leistungen nach § 2 erhalten, ergänzt werden muss.

Herr Politz weist darauf hin, dass im Kita-Bereich über 95 % der Kinder am Essen teilnehmen. Es scheint also auch für die meisten ALG II-Empfänger kein Problem zu sein, das Essengeld zu bezahlen. Es scheint vielmehr unangenehm zu sein, wenn den Erzieherinnen auffiele, dass das Kind kein Essen nimmt und die Eltern darauf angesprochen würden. In der Schule ändert sich das schlagartig, die Kontrollinstanz fehlt und die Eltern stehen lediglich dem Essenanbieter gegenüber. Er fragt, ob für den Kita-Bereich überhaupt ein Beschluss gefasst werden soll.

Abschließend gibt Herr Politz zu bedenken, dass der finanzielle Bedarf mehr als 1/4 des Haushaltsansatzes für die gesamte Jugendpflege ausmacht bzw. dem Gesamtansatz für die Wohlfahrtspflege entspricht. Da um jeden Euro gerungen wird, bleibt die Frage, wie die Summe aufzubringen ist.

Der Abg. Gollmer macht den Vorschlag, einen „Probelauf“ an den Grundschulen zu starten, um Erfahrungen zu sammeln. Er ist erobert und meint, an vielen Stellen werden Gelder zweckentfremdet, die für soziale Zwecke fehlen und die Abg. Fiedler erinnert an die finanziellen Mittel, die für die LAGA zur Verfügung gestellt werden.

Die Abg. Paschek begründet abschließend, dass der Antrag der Fraktion auf jeden Fall aufrecht erhalten wird und die Problematik des Kita-Bereiches noch einmal überdacht werden kann. Die Abg. Czerwinske bittet, ihrer Fraktion weitere Beratungszeit einzuräumen und die Abg. Wagner erinnert, dass die Lösung für die SPD-Fraktion nur in der teilweisen Unterstützung und nicht in der vollen Kostenübernahme liegen kann.

Übereinstimmend wird die abschließende Beschlussfassung wird in den Hauptausschuss vertagt.

### **TOP 3.5 Bericht zum Pilotprojekt "Unterstützung von Mobilität" im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel für Menschen mit geringer Finanzlage (Frau Hiebsch von der Diakonie und Herr Thieme von der Caritas)**

Der ausführliche Erfahrungsbericht „Mobilitätshilfe“ liegt allen Abgeordneten vor. Frau Hiebsch von der Diakonie betont insofern nur noch einmal, dass das Ticket sehr gut angenommen wurde.

Die Abg. Czerwinske dankt für das Engagement und die Unterstützung und hofft, dass auch für 2008 ein gleicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung findet.

### **TOP 4 Informationen der Verwaltung**

Herr Politz informiert über eine Drucksache, die er im Rahmen von „Vielfalt tut gut“ für die STVV vorbereitet. Es geht um eine Erklärung der Kommune, „Ort der Vielfalt“ sein zu wollen und sich damit gleichzeitig zu verpflichten, z.B. dieses Thema permanent zu leben, die Jugend zu schulen, den öffentlichen Diskussionsprozess zu fördern usw. Außerdem kann sich Fürstenwalde um ein Schild (Ortseingang) „Ort der Vielfalt“ bewerben. Am 29.4. findet im Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ eine Regionalkonferenz zum Thema Integration statt, und bei dieser Gelegenheit könnte diese Erklärung unterschrieben werden.

Herr Bogdan informiert, dass für eine Jugendleiterausbildung in Blossin noch freie Plätze zur Verfügung stehen. Er bittet, dieses Angebot im Rahmen der Möglichkeit bekannt zu machen.

Die Abg. Fiedler weist auf die Programmbroschüre zur 18. Brandenburgischen Frauenwoche und die vielen interessanten Veranstaltungen hin.

#### **TOP 5      Anfragen an die Verwaltung**

Die Abg. Czerwinske fragt, ob Zuschüssen für Vereine und Institutionen auch an kirchliche Einrichtungen ausgereicht werden.

Herr Politz antwortet, dass ein entsprechender Antrag gestellt müsste.

#### **TOP 6      Beendigung der öffentlichen Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Auf die Durchführung einer nicht öffentlichen Sitzung wird verzichtet.

Monika Fiedler  
Vorsitzende

---

Franka Koch  
Schriftführerin

---